



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 7. September 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 351 Postulat Sager Urban und Mit. über Unterstützungskonzepte für die von den einschränkenden Massnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus betroffenen KMU / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Finanzdepartement

Das Postulat P 351 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Urban Sager hält an der Dringlichkeit fest.

Urban Sager: Ich bin erstaunt, dass die Regierung bei den meisten anderen Vorstössen mit der Dringlichkeit einverstanden ist, bei meinem aber nicht, obwohl sehr ähnliche Themen behandelt werden. Es geht darum, dass wir genauer hinschauen müssen, wenn wir subsidiäre Massnahmen beschliessen, die KMU betreffen. Die politische Tragweite kann allenfalls als momentan noch nicht allzu gross beurteilt werden, denn zum jetzigen Zeitpunkt sind vor allem Nachtkulturbetriebe betroffen. Aber dies kann sich schnell ändern. Die politische Tragweite könnte sich in Zukunft massiv ausweiten. Zum Zeitfaktor: Zusätzliche Massnahmen können sehr bald beschlossen werden, deshalb kann eine Diskussion über meinen Vorstoss nicht mehr verschoben werden. Ich bitte Sie deshalb, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Regierung hat sich grundsätzlich überlegt, wie sie mit den dringlichen Vorstössen zum Thema Corona umgehen will. Wir haben uns folgendermassen entschieden: Bei Vorstössen, die direkt im Zusammenhang mit gesundheitlichen Anliegen stehen, wollen wir die Dringlichkeit bejahen, da dort die Regierung und der Kanton zusätzlich Verantwortung übernommen haben. Bei den wirtschaftlichen Anliegen sehen wir nach wie vor die Verantwortlichkeit beim Bund, und dort wird in der jetzt beginnenden Herbstsession noch vieles entschieden. Darum wollen wir diese Vorstösse zwar zügig, aber nicht dringlich beantworten. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.